

Herr Oberbürgermeister, Herr Bürgermeister, Herr Beigeordneter, meine sehr verehrten Damen und Herren des Rates, der Verwaltung, der Medien und vor allem der Bürgerschaft,

vielleicht haben Sie ja alle noch von Silvester die **resolute Aufforderung** von Miss Sophie an ihren Butler im Ohr: „**The same procedure as every year.**“ Aber die heutige Sitzung des Stadtrates bietet keinen Anlass dafür, etwas zu feiern oder irgendeine Person, wie etwa Admiral Snyder, mit einem Dinner zu huldigen. „Alle Jahre wieder“ - auch dies eine Reminiszenz an die vergangenen Feiertage - so stehen wir auch heute erneut vor der Verabschiedung eines von der Verwaltung vorgelegten **Haushaltsplanes**, in dem - wie schon seit etlichen Jahren - unserer Kommune **eine dauernde finanzielle Leistungsunfähigkeit** bescheinigt wird.

Derzeit noch begünstigt durch äußerst niedrige Zinsen bei der Aufnahme von Liquiditätskrediten, die scheinbar unendlich weiter wachsen und die katastrophale Haushaltssituation der Stadt in Wahrheit nur verschleiern, kommen wir nicht umhin festzustellen, dass es beim **Gestalten der Kommunalpolitik** in dieser Stadt nur noch eine alles **überragende Zielsetzung** gibt, die wie folgt lautet: **Wo kann ich denn überall noch sparen?** In der Auflistung der darauf gerichteten **Konsolidierungsmaßnahmen** zeigt sich deutlich, dass wir nunmehr endgültig in dem Bereich des Sparens angekommen sind, wo es wirklich weh tut, wo die Bürgerschaft direkt betroffen ist und wo es spürbar wird, dass es ans „Eingemachte“ geht.

Eigentlich bezieht sich dieses Bild darauf, dass man Lebensmittel haltbar gemacht und als Vorrat angelegt hat, den man bei Bedarf aus dem Kellerregal nehmen und verzehren kann. Unsere Regale sind jedoch - um bei dem gewählten Vergleich zu bleiben - im Gegensatz zu denen in jedem ordentlichen Haushalt schlichtweg leer.

Der Verwaltung, insbesondere dem Stadtvorstand und auch der Kämmerei unter der neuen Leitung von Frau Scheid, können wir in diesem Zusammenhang nur bedingt und an einzelnen Stellen etwas vorwerfen, denn der **Haushalt** ist im **Grundsatz ordentlich strukturiert**. Er hat - soweit die Beschlüsse dieses Rates es zuließen - **Einsparmöglichkeiten** und **partielle Einnahmeerhöhungen** berücksichtigt und ist insoweit **ordentlich aufgestellt**. Besonders begrüßen wir, dass auf S. 18 des Haushaltsplanes **zahlreiche Kennzahlen** zu dessen Beurteilung auch im Vergleich mit den beiden vorangegangenen Haushaltsjahren aufgeführt und damit **Strukturveränderungen** zumindest bei den **Plandaten** erkennbar sind. Bedauerlich ist dabei aus unserer Sicht insbesondere, dass über diese Kennzahlen im Stadtrat überhaupt nicht diskutiert wird. Über die **Gründe** hierfür kann sich jeder seine eigene Meinung bilden. Tatsache ist jedoch, dass viele **private Unternehmen** ihre Unternehmenspolitik mit Hilfe von **Kennzahlen** gestalten. Weshalb dies in Idar-Oberstein - anders als in vielen anderen Kommunen - im dafür zuständigen Parlament bisher nicht geschieht, bleibt unserer Fraktion **ein Rätsel**.

Trotz der **Finanzmisere** wird – wenn auch mit leider **sehr rückläufiger Tendenz** in der Zukunft – in gewissem Umfang **investiert**, modernisiert und Gutes, das begonnen wurde, hoffentlich erfolgreich weitergeführt. So ist das **Programm „Aktive Stadt“** genauso zu nennen wie notwendige Investitionen in Straßen und die Infrastruktur allgemein und natürlich auch die Förderung von Kunst und Kultur, auf die das Schmuck- und Edelsteinzentrum in Deutschland auf keinen Fall verzichten kann. Die auf unabsehbare Zeit bestehende strukturelle Unterfinanzierung der meisten kommunalen Haushalte hat Ursachen, die Rat und Verwaltung nicht - oder wenn überhaupt - nur sehr schwer beeinflussen oder verändern können. Deshalb erspare ich mir an dieser Stelle das Klagen über diesen

allseits unbefriedigenden Zustand, ohne ihn damit in irgendeiner Weise beschönigen zu wollen. Der von **Oberbürgermeister Zimmer** Ende vergangenen Jahres in der Nahe-Zeitung geforderte **Schuldenschnitt** ist zwar derzeit unrealistisch, in letzter Konsequenz jedoch die einzige Möglichkeit, um vielleicht aus der **Schuldenfalle** herausfinden zu können. Nur zu wessen Lasten dieser Schuldenschnitt dann gehen soll, bleibt weiter ungeklärt.

Angesichts dieser Lage wäre es verantwortungslos, den Kopf in den Sand zu stecken oder gar ganz zu resignieren. Es ist zwingend notwendig, weiterhin den bereits eingeschlagenen Weg des Sparens zu gehen und noch viel mehr als dies in der Vergangenheit der Fall war, kreativ, d.h. schöpferisch zu sein. In seiner Neujahrsansprache hat Oberbürgermeister Zimmer von einer aus seiner Sicht notwendigen **Aufbruchstimmung in der Stadt** gesprochen. In einem Artikel der Nahe-Zeitung vom 18.01.2014 war im Zusammenhang mit einem Eigentümerwechsel beim Nahe-Center und dem im Frühjahr beginnenden Bau eines neuen Lidl-Marktes im Stadtteil Oberstein ebenfalls davon die Rede. Auch die personell neu aufgestellte Interessengemeinschaft Idar-Oberstein orientiert sich an diesem Ziel. **Appelle** an diese sicherlich wünschenswerte Stimmung reichen jedoch nicht aus und sind in der Vergangenheit auch schon oftmals verpufft.

Solche **Appelle** können allgemein nur dann erfolgreich sein, wenn sie mit mehr **Kreativität, Exklusivität** und **Spontanität** als bisher verbunden sind. Deshalb muss es möglich sein, auch Träume und Visionen zu entwickeln und nicht jeden, auf den ersten Blick vielleicht abwegig erscheinenden Vorschlag, als naive oder gar weltfremde Spinnerei abzuqualifizieren. Mit dem berühmten Zitat von Helmut Schmidt möchte ich mich aus gutem Grund an dieser Stelle erst gar nicht beschäftigen. Denn leider gibt es genügend andere triftige Argumente zum Arzt zu gehen. Bedenken Sie dabei bitte auch, dass scheinbar rationale Gedanken und starres Beharren auf einmal eingeschlagenen Wegen uns erst genau dorthin gebracht haben, wo wir heute mit unseren **maroden Finanzen** und den damit verbundenen **Problemen im städtischen Haushalt** stehen. Ohne die oftmals belächelten naiven Träumer wären Fortschritte in Wissenschaft und Gesellschaft nicht möglich.

Wir möchten jedoch die **aktuelle Haushaltsdebatte** dazu nutzen, einmal ein paar **unkonventionelle Gedanken** zu entwickeln. Inwieweit Sie sich, meine sehr verehrten Damen und Herren, darauf einlassen können oder wollen, liegt letztlich nur an Ihnen.

Ein erster Gedanke in diesem Zusammenhang ist es, die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt an dem weiteren **Gestaltungsprozess** unserer **Kommune** noch intensiver als bisher mitarbeiten zu lassen. Oberbürgermeister Zimmer hat in der bereits oben zitierten Neujahrsansprache daran erinnert, dass das Wort **Kommune** in deutscher Sprache **Gemeinschaft** bedeutet. Eine Gemeinschaft kann jedoch nur durch **Mitsprache** und **Mitbestimmung** entstehen und sich fortentwickeln. Deshalb regen wir an, eine **institutionalisierte Bürger-Ideen-Börse** zu schaffen. Per Internet oder Brief, persönlich oder telefonisch sollte die Möglichkeit geschaffen werden, dass Bürger/innen aber auch Besucher der Stadt sich mit ihren Ideen einbringen können. Diese Ideen sollten in einer Datenbank erfasst, nach Priorität und Realisierbarkeit sortiert und wiederum für alle einsehbar sein. Die jeweiligen Zuständigkeiten, Arbeitsfortschritte und zeitlichen Befristungen sollten ebenfalls erkennbar sein. Unter Umständen könnte dieser Prozess auch einer parlamentarischen Kontrolle unterzogen werden. Damit wäre **vollständige Transparenz, Nachvollziehbarkeit** und **vollkommenes Mitspracherecht** der **Bürger** gegeben. Die Fortentwicklung der Kommune wäre nicht allein Angelegenheit von Rat und

Verwaltung, sondern jeder, der sich dafür interessiert, könnte sich beteiligen. Vision, Spinnerei, Blödsinn, wir meinen nein: Die Nutzung der bereits heute vorhanden technischen Möglichkeiten sollte man nicht **der Abteilung Misstrauen bei der NSA** überlassen, sondern man könnte sie auch **produktiv** zur positiven **Weiterentwicklung einer Kommune** nutzen. Nur dann, wenn die Bürgerinnen und Bürger sich ernst genommen fühlen und dies die jeweils Verantwortlichen auch tun, können **echter Bürgersinn** und damit auch **Gemeinschaftsgefühl** entstehen und nachhaltig wachsen.

Inwiefern diese Anregungen und Vorschläge umgesetzt werden können, hängt von vielen Faktoren ab, sicherlich auch oft von der **Finanzierbarkeit**. Andere Kommunen in Deutschland sind auf diesem Gebiet schon wesentlich weiter, indem sie die Bürger/innen direkt bei der Haushaltsgestaltung beteiligen. Wir sind fest davon überzeugt, dass der **Entscheidungsprozess für den Nationalpark** in unserer Region ohne die **umfassende Beteiligung der Bürgerschaft** durch Informationsveranstaltungen, Work-shops und Internetangebote vermutlich ganz anders verlaufen wäre, wobei auch der **Lokalpresse** für deren umfassende Berichterstattung ein Lob auszusprechen ist. Die hier nur kurz skizzierte Bürger-Ideen-Börse könnte Bürgerinnen und Bürger aber auch dazu veranlassen - und dies muss von Rat und Verwaltung dringend mehr gefördert werden - **selbst Verantwortung** zu übernehmen. Im Rahmen des Prozesses „Aktive Stadt“ wurde dies auch schon in Ansätzen praktiziert, an anderer Stelle - zum Beispiel bei der **Bäckerdiskussion** - sträflich vernachlässigt und von einer Stadtratsmehrheit eine **direkte Bürgerbeteiligung** mehrfach **per Beschluss abgelehnt**. Das **Ergebnis** und die so **verschleuderten Haushaltsmittel** in Millionenhöhe sind bekannt und diese unwiederbringlich **verloren**.

Eine **andere Idee**, die von unserer Fraktion schon öfter in diesem Gremium vorgetragen wurde, ist, die **Übertragung eigentlich öffentlicher Aufgaben** auf **engagierte Bürger**, z.B. im Rahmen der Friedhofspflege. Nach unserer Meinung wäre es - auch versicherungstechnisch - möglich, in einzelnen Stadtteilen - insbesondere in den noch dörflich strukturierten - Vereine, aber auch lose organisierte Gruppen anzuregen und auch dabei zu unterstützen, einen gewissen Teil der Friedhofspflege, z. B. Rasenmähen und Heckenschneiden oder auch andere Aufgaben zu übernehmen. Die **„Offene Gruppe“** in **Nahbollenbach**, der sich zunehmend auch jüngere Menschen anschließen, ist hierfür ein hervorragendes Beispiel. Wenn es dabei auch noch gelänge, **einzelne Langzeitarbeitslose** in diesen Prozess zu integrieren, wäre dies ein zusätzlicher **gesellschaftlicher Nutzeffekt**.

Eine vielleicht **visionäre Vorstellung** haben wir für den **Kernbereich des Stadtteils Idar** und die dort gelegene, immer wieder **kontrovers diskutierte Fußgängerzone**. Man kann wohl zu Recht feststellen, dass Stadtvorstand und Stadtrat allgemein diesem Problem mehr oder weniger ratlos oder auch sprachlos gegenüberstehen. Wie ist hier die **gegenwärtige Situation** realistisch zu beschreiben?

Wachsende Leerstände, unzureichende Möglichkeiten zur Deckung des menschlichen Grundbedarfs, menschenleere Straßen und zunehmende Tristesse. Ein Rückbau zur Durchfahrtsstraße ist wegen der wohl notwendigen Rückzahlung von öffentlichen Zuschüssen rechtlich schwierig und im Übrigen aus unserer Sicht auch nicht wünschenswert. Experten betonen immer wieder, dass eine Stadt wie Idar-Oberstein - erst recht **bei sinkender Einwohnerzahl** - mit **zwei Fußgängerzonen** absolut überfordert ist, was ja auch tagtäglich in Idar bewiesen wird. Das normale Konzept einer Fußgängerzone - ursprünglich in Idar als Pendant zur Fußgängerzone in Oberstein konzipiert und einem absolut einseitigen Stadtteilsdenken entsprungen - hat an dieser Stelle nicht funktioniert. Es sollten daraus die **notwendigen Konsequenzen** gezogen werden. Wir als LUB sind der Meinung, dass in Zusammenarbeit von Bürgern, Einzelhändlern, Gastronomen und in Idar ansässigen Einrichtungen ein völlig

**neues Konzept** zur Anwendung kommen sollte, das bereits vollzogene und noch geplante Entwicklungen, z. B. im Bereich der Gastronomie, aufgreift und neue Ideen daraus ableitet. Insbesondere im Zusammenhang mit dem **geplanten Nationalpark** könnte der **Innenbereich von Idar** zu einer „**grünen Insel**“ im „**Meer der Steine**“ - und dies kann man durchaus doppeldeutig sehen – umgewandelt werden. Ein Ort, in dem die **drei urbanen Funktionen Leben, Wohnen und Arbeiten** wieder **zusammengeführt** und nicht - wie dies leider auch in Idar-Oberstein immer noch geschieht - **getrennt** werden. Damit wurden und werden Strukturen zerstört, welche die Menschen als lebenswert empfinden und die sie auch an einen Ort binden. Die **sinkende Einwohnerzahl** in Idar-Oberstein ist nach unserer Auffassung zu einem großen Teil dem **Verlust an Urbanität** in dieser Stadt geschuldet, der vor allem auf falsche und **nicht zukunftsorientierte Beschlüsse** dieses Rates und der ihm **zugeordneten Verwaltung** zurückzuführen ist.

Die Stadt den Menschen zurückgeben. Diesem Gedanken entspringt auch unser **nächster Vorschlag**, den die **LUB** - unterstützt durch die spontane Unterschrift von mehr als 1.000 Bürger/innen bereits vor dreißig Jahren - also im Jahr 1984 - in dieses Gremium eingebracht hat. Er betrifft in elementarer Weise den Stadtteil Oberstein und die dort befindliche **Naheüberbauung** . Unabhängig davon, wie man zu diesem immer noch so genannten „Jahrhundertbauwerk“ steht, bleibt festzuhalten, dass diese Überbauung der Nahe den Stadtteil Oberstein **verkehrsmäßig, optisch** und auch **emotional** trennt. Diese Tatsache kann auch nicht dadurch in Abrede gestellt werden, dass drei klotzige, für Behinderte und ältere Menschen nur **sehr schwer überwindbare Fußgängerbrücken** zwischen Stadttheater und Otto-Decker-Straße bestehen, die noch dazu von der Stadt Idar-Oberstein als zuständigem Verkehrsträger - bezogen auf den Bodenbelag - äußerst schlecht unterhalten werden. Anstatt das Übel an der Wurzel zu packen, soll mit dem vorliegenden Haushaltsplan erneut an den Symptomen herum kuriert werden. Denn im Rahmen des Projektes „**Aktive Stadt**“, das wir – wie bereits ausgeführt - grundsätzlich befürworten, soll für rund **250 TEUR das Rampengebäude** in der Fußgängerzone saniert und „aufgehübscht“ werden. Ein Gebäude, das mit der verkleideten, nicht mehr funktionsfähigen Edelstahlrolltreppe und dem mittlerweile zwar mit Überwachungskamera ausgestatteten, dafür aber oftmals nicht funktionsfähigen Fahrstuhl, eher zu einem „**Potemkinschen Dorf**“ im alten Russland als zu einer sich selbst so bezeichnenden Schmuck- und Edelsteinstadt passt. Dieses Gebäude - noch dazu an der tiefst gelegenen Stelle in der Obersteiner Fußgängerzone - hat sich seit seiner Errichtung im Zuge der Naheüberbauung mit allen An- und Umbauten sowie Renovierungen zu einem „**Millionengrab in DM und Euro**“ für den **Stadtsäckel** entwickelt. Eine Tatsache, die Verwaltung und Ratsmehrheit schlichtweg nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Und in diesen, **völlig fehlerhaften Fußgängerüberweg** soll nun erneut eine Viertel Million EUR investiert werden. Was ist jedoch die **Alternative** zu dem von vorne herein **falsch geplanten Rampengebäude**?

Wir plädieren eindeutig dafür, im **Bereich des Marktplatzes** und der früher dort vorhandenen Brücke einen **niveaugleichen, ampelgesteuerten Fußgängerüberweg** zu schaffen. Wer jetzt mit dem Kopf schüttelt oder das Ganze für absurd hält, sollte bitte einmal kurz innehalten und sich folgende **Tatsachen** vor Augen halten:

**Niveaugleiche Übergänge** über **wichtige Verkehrsadern** gibt es in allen größeren Städten in Deutschland und auch weltweit. In Mainz (z.B. in der Rheinallee) und in Köln am gesamten Rheinufer und überall in der Innenstadt genauso wie in den Metropolen Berlin, Paris und New York. Kein Mensch käme dort auf die Idee, vier- und mehrspurige innerstädtische Straßen mit **häßlichen Fußgänger-**

**brücken** zu versehen, um damit den **Vorrang des Autoverkehrs** im Innenstadtbereich mit aller Deutlichkeit zu unterstreichen. Nur in Idar-Oberstein ticken mit Unterstützung einer in ihre **aufwendigen Verkehrsknoten verliebten Straßenbaubehörde** - Musterbeispiel hierfür ist der im vorigen Jahr vollendete, rund **7 Millionen Euro teure Knotenpunkt von B 41/B270** in Fischbach-Weierbach - die Uhren noch anders. Der niveaugleiche Überweg vom Platz Auf der Idar zum Bahnhofsvorplatz ist vollkommen in Ordnung und entspricht den dort vorhandenen, großen baulichen Veränderungen. Er ist jedoch, - sieht man einmal von dem Fußgängerüberweg auf der Naheüberbauung im Bereich Seitzenbach ab, - die einzig akzeptable Fußgänger Verbindung über die B 41 im Stadtgebiet. Alle übrigen sind dem **Zeitgeist der 60er und 70er Jahre** geschuldet, der dem ungehinderten Autoverkehr - auch in den Innenstädten - den Vorrang einräumte. In einer Zeit, in der die Menschen immer älter werden und die **Interessen von Behinderten** vollkommen zu Recht **größere Beachtung** und **Berücksichtigung** finden, ist diese Sichtweise nicht nur überholt, sondern sie ist schlichtweg **menschenfeindlich**. Mit einem **entsprechenden Antrag**, den wir - neben anderen, - die wir ebenfalls für wichtig halten, zur heutigen Stadtratssitzung einbringen werden, wollen wir einen Anstoß dazu geben, diese unbefriedigende Situation zu verändern. Wir erfüllen mit diesen Anträgen auch den **eigenen Anspruch**, uns mit aller Kraft für **Umweltschutz** und **Bürgerrechte** einzusetzen.

In Bezug auf den oben dargestellten Zusammenhang haben viele vielleicht noch gar nicht wahrgenommen, dass die Stadt Idar-Oberstein - auf Anraten von Stadtplanern - bei der **künftigen Gestaltung** des **Bahnhofsvorplatzes** schon eine **kleine Kehrtwende** vollzogen hat. Aus **Kosten-** und **Sicherheitsgründen** wurde bereits vor längerer Zeit die **Bahnhofsunterführung** geschlossen und als Ersatz dafür eine **breite Fußgänger-Furt** zwischen Bahnhof und Nahe-Center geplant. Hier – und wir finden dies richtig – soll den Menschen in einer ansonsten **automobil-perfektionierten Umgebung** mehr Raum gegeben werden. Dies gilt keineswegs nur für die **Zentren der Stadt**, sondern sollte genauso auch in einzelnen Stadtteilen verwirklicht werden. So sind der **Ortsmittelpunkt** in **Weierbach**, aber ebenso die **neu gestaltete Ortsmitte von Nahbollenbach**, immer noch zu sehr an den **Interessen des Kfz-Verkehrs** und weniger an den **Bedürfnissen** der dort lebenden **Menschen** orientiert. Andere Länder, z.B. die Niederlande, sind dabei schon sehr viel weiter. Dort sind **Mensch** und **Auto** in vielen Bereichen der Innenstädte **gleichberechtigt** und beide müssen aufeinander Rücksicht nehmen. Der Straßenverkehr wird abgebremst und bekommt die Pflicht zur Achtung der Fußgänger auferlegt, und zwar jeweils im gesamten Bereich. Dies führt zu einer gegenseitigen Aufmerksamkeit, die, statistisch gesehen, sicherer ist als das heute überwiegend praktizierte Modell, da sich niemand mehr – ob Fußgänger oder Autofahrer - auf sein jeweils verbürgtes Recht berufen und verlassen kann. Sicherlich kann dieser Vorschlag nicht überall umgesetzt werden, aber bei den genannten Beispielen erscheint uns dies möglich.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass alle von mir genannten **Vorschläge zur Weiterentwicklung** unserer **Heimatstadt** einem **zentralen Gedanken**, gewissermaßen einem roten Faden folgen. Es geht immer um die Bürgerin und den Bürger, die mit diesen Maßnahmen direkt angesprochen und in gewisser Weise auch gefordert werden. Bei allen **dargestellten Beispielen** stehen **Mitwirkung, Verpflichtung** und **Verantwortung des Bürgers** für seine Stadt im **Mittelpunkt**. In Abwandlung eines berühmten **Zitates** von **John F. Kennedy** könnte man auch sagen: Frage nicht, was Deine Stadt für Dich tun kann, sondern frage, was Du für Deine Stadt tun kannst. Daraus resultiert die Aufforderung an den

**Bürger im Sinne der Aufklärung**, sich selbst an den Geschicken der Stadt zu beteiligen. Statt laut darüber zu klagen, dass „**die Stadt nix macht**“, sollte er oder auch sie versuchen, selbst kleinste, **positive Veränderungen** im jeweiligen persönlichen Umfeld und darüber hinaus vorzunehmen. Um jedoch eine **solche Haltung** zu erzeugen, müssen **Politik, Verwaltung** und an erster Stelle der jeweils **amtierende Oberbürgermeister** oder – vielleicht erleben wir dies auch einmal in Idar-Oberstein - die per Urwahl gewählte Oberbürgermeisterin – vorangehen. Es gibt Beispiele - auch in unserer räumlichen Nähe - wo dies offenkundig gelingt.

Gerade für **junge Menschen**, die auch in unserer Stadt viel **zu wenig Gehör** auf der **politischen Ebene** finden, bietet sich hier die große Chance, ihr persönliches Umfeld direkt mitzugestalten und demokratische Prozesse unmittelbar zu erfahren. **Schülerinnen und Schüler** des **Heinzenwies-Gymnasiums** haben bei der Präsentation ihres „**Kimo-Projektes**“ eindrucksvoll gezeigt, dass sie – fast wie professionelle Planer – in der Lage sind, Mängel in der Stadtgestaltung und zugleich aber auch Lösungsansätze deutlich aufzuzeigen. Eine „**doppelte Lehrstunde für den Stadtrat**“ lautete ein Kommentar der Nahe-Zeitung zu der aus unserer Sicht wirklich erfrischenden Schüler-Präsentation. Nun sind **Rat** und **Verwaltung** bei der Umsetzung der Vorschläge gefordert. Dabei das Augenmerk vorrangig auf das **Rampengebäude** in der **Fußgängerzone** zu richten, scheint aus unserer Sicht – wie oben bereits dargelegt – der **falsche Weg** zu sein.

Damit habe ich auch das Stichwort für den nächsten Teil meiner diesjährigen Haushaltsrede gegeben. Denn als **Oppositionsfraktion** in diesem Rat gehört es zu unseren **demokratischen Pflichten**, **Kritik** zu äußern, die sich naturgemäß in erster Linie an die sich so **verstehenden Mehrheitsfraktionen** in diesem Gremium richtet, aber sich zum Teil auch auf das **Verhalten der Mitglieder** dieses Rates allgemein bezieht.

Unserer Auffassung nach nimmt die **Mehrzahl** der in diesem **Rat** vertretenen **Parteien** und **Wählergruppen** und **deren Mitglieder** nicht die **Aufgaben** wahr, die sie – bezogen auf das in diesem Land fest verankerte **Prinzip der Gewaltenteilung** – haben sollten. Diese bestehen vorrangig in der **Steuerung** und **Kontrolle der Verwaltung**. Nicht ohne Grund - bisweilen erinnert sogar der Oberbürgermeister daran - wird das Gremium, dem wir alle angehören, als **Selbstverwaltung** bezeichnet. **Eigene Vorschläge**, **konstruktive Anträge** und **kreative Ideen** sind die **Mittel zur Gestaltung** dieser wahrlich nicht einfachen, aber **sehr reizvollen Aufgabe**. Leider wird diese Rolle vor allem von den sogenannten **Mehrheits- oder GroKo-Fraktionen** nach unserer Auffassung nur unzureichend wahrgenommen. Uns kommt es, um einen **bildhaften Vergleich** zu wählen, so vor, als ob Sie von außen betrachten, wohin der Bus - gemeint ist hier die Politik allgemein - fährt. Dann sagen Sie, ob die Richtung stimmt oder nicht. **Vorschläge** und **Vorlagen der Verwaltung** nicken Sie in der Regel ab oder versehen Sie manchmal mit sanfter Kritik **ohne** weiterreichende **eigene Ideen**. Wir als Rat sollen - um im Bild zu bleiben - jedoch nicht dem Bus beim Fahren zusehen, sondern unsere Aufgabe sollte darin bestehen, die Fahrtrichtung und das Ziel zu bestimmen und dabei dem Busfahrer bei seiner Arbeit genau auf die Finger zu schauen. Dem **Oberbürgermeister** fällt in diesem **Prozess** die **Rolle** des **Moderators** und **kreativen Gestalters** zu. Wenn er dabei beleidigt reagiert oder wie jüngst ein sogenannter Talk-Master im Fernsehen „lanzt“, dann ist er mit seiner Rolle im falschen Film gelandet. Während CDU und SPD in großen Koalitionen auf Bundesebene immer nur ein **Bündnis auf Zeit** sehen, ist diese Konstellation in Idar-Oberstein - unterbrochen durch eine kurze **Phase einer SPD-**

**Alleinregierung** - zur **Dauerlösung** und damit zum **Dauerproblem** geworden. Sie ist auch der **eigentliche Grund** für die in **unserer Stadt** so weit verbreitete **Politik-** und **Politikerverdrossenheit**. Wenn die neu gebildete Große Koalition in Berlin auch die **Blaupause** für die **künftigen politischen Strukturen** in **Idar-Oberstein** sein sollte, kann ich nur sagen, dann „Gute Nacht“. Dann wird weiterhin nur **rumgeeiert**, in **Sachfragen laviert**, weitgehend **lustlos** wie beim **Thema Nationalpark** **parliert** und **ohne erkennbare Perspektiven** regiert.

**Diese Stadt** und vor allem die **Mehrheitsfraktionen** in diesem **Rat** haben in den vergangenen Jahren

- es **versäumt**, die **Schullandschaft** im **Bereich der weiterführenden Schulen** gemeinsam mit dem Kreis **zukunftsweisend** zu gestalten (Stichworte: Integrierte Gesamtschule, Fachbereich Gesundheit und Soziales an den berufsbildenden Schulen in Idar-Oberstein);
- nach **unglaublichen Verrenkungen** und **erheblicher Zeit-** sowie **Mittelverschwendung** mit der **geplanten Sanierung des Hallenbades** in der **Bäderfrage** nur eine **Minimallösung** zustande gebracht und diese öffentlich als **großen Erfolg** dargestellt;
- keinerlei **ernsthafte Bemühungen** zur weiteren **Nutzung des Geländes der Straßburg-Kaserne** gezeigt (Stichwort: Standortschießanlage);
- **wichtige Infrastrukturmaßnahmen** (z.B. bessere Anbindung des Gewerbegebietes Am Kreuz) auf die **lange Bank** geschoben und dafür **überdimensionierte Verkehrslösungen** an der B 41 **ideell** und **finanziell** unterstützt;
- es **nicht geschafft**, die **überfällige Reform der Verwaltung** auch nur ansatzweise **in Gang** zu bringen (Stichworte: Personalentwicklung, unzureichendes Controlling, verzögerte Eröffnungsbilanz);
- **keinerlei Ursachen** für den **gravierenden Bevölkerungsschwund** der Stadt untersucht, geschweige denn **Ansätze zur Lösung** dieses auch den Kreis betreffenden Problems gesucht;
- und nicht zuletzt das für die **Zukunft unserer Gesellschaft** sehr wichtige Thema **kommunaler Energie- und Klimapolitik** in **sträflicher Weise** vernachlässigt (Stichworte: Kommunales Energiegewinnungskonzept und Klimaschutz).

Zu fast all diesen **Themenbereichen** hat die **LUB-Fraktion** in den vergangenen knapp **fünf Jahren** **inhaltliche Beiträge** geleistet, zum Teil **detaillierte Vorlagen** erarbeitet und **Anträge** gestellt. Das **Ergebnis dieser Arbeit** unserer **kleinen Wählergemeinschaft**, die seit nunmehr **30 Jahren** in Idar-Oberstein aktiv ist, ist für uns **sehr ernüchternd**. Sie werden sicherlich verstehen, dass wir auch deshalb dem **Haushaltsplan 2014 nicht zustimmen** können.

Vor diesem **Hintergrund** werden wir unser **weiteres Engagement** in diesem **Parlament** auch sehr **selbstkritisch** hinterfragen. Entscheidend wird dabei sein, ob es uns gelingt, **mehr** und vor allem **jüngere Menschen** für eine **Mitarbeit** in diesem **Parlament** zu gewinnen. Dies ist aber nur möglich, wenn diese **für sich** und **andere** Perspektiven in dieser wahrlich **jeden Menschen herausfordernden** und bisweilen - trotz aller Misserfolge - durchaus **sinnerfüllenden Arbeit** erkennen können. Wir wissen, dass auch **Ratsmitglieder** aus **anderen Fraktionen** aus **privaten, beruflichen oder zeitlichen Gründen** nicht mehr für den **Stadtrat kandidieren** wollen. **Politik** ist und bleibt – frei nach **Max Weber** - ein „ständiges Bohren dicker Bretter“. Je nach deren Eigenart – Eiche oder Birke - kann das Bohren länger oder kürzer dauern. Manchmal empfindet man es als **Ewigkeit**. Und dann entsteht

**Frust und Traurigkeit**, teilweise sogar das **Gefühl von Ohnmacht**.

Wenn man dann noch - offen oder verdeckt - mit **Geringschätzung** bedacht wird und der **politische Kontrahent** weder **offenkundige Fehler** eingestehen will oder kann, geschweige denn in der Lage ist, **Selbstkritik zu üben**, fehlen einfach die **Anreize zum Weitermachen**. Diese **politische „Kraftmeierei“** nach dem Motto **„Wir haben die Mehrheit“** und wir streben sie auch wieder an, wirkt **abstoßend** auf **weite Teile der Bevölkerung** und schadet darüber hinaus dem **politischen Diskurs** in jedem **Parlament**. Das **aktuelle Gebaren der „GroKo“** gegenüber den **kleinen Oppositionsfraktionen** in Berlin ist sichtbarer Ausdruck dieser Haltung. Bei der ersten **Großen Koalition** auf **Bundesebene** hat die **Ohnmacht** der damaligen kleinen und einzigen **Oppositionsfraktion** auch wesentlich zur Bildung einer **außerparlamentarischen Opposition** beigetragen. Dies war die Zeit meiner **eigenen politischen Sozialisation** und hat mich bis heute in **meiner politischen Haltung** geprägt. Man kann sicherlich die Verhältnisse im früheren Bonn oder heutigen Berlin nicht auf eine kleine Kommune in Rheinland-Pfalz übertragen. Aber überall dort, wo **Kritik an bestehenden Zuständen** und das **Aufzeigen von Alternativen** gegen eine **Wand aus Beton** stößt, wird der **Souverän** – und das ist **das Volk** – sich **wehren**. Der **einfachste Weg** dazu ist das **Fernbleiben von einer demokratischen Wahl**. Bei der letzten **Kommunalwahl 2009** taten dies **über 60 % der Wahlberechtigten** in **Idar-Oberstein**, wahrlich **kein Ruhmesblatt** für diesen **Stadtrat** und den von ihm zu **kontrollierenden Stadtvorstand**.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
fast auf der **Zielgeraden** einer **fünfjährigen Wahlperiode** gilt es - ungeachtet der von mir heute geäußerten **Fundamental- und Einzelkritik** - **Dank und Anerkennung** auszusprechen. Er richtet sich zunächst an diejenigen, die als Mitglieder, Freunde und Sympathisanten unsere Arbeit in diesem Parlament freundlich aber auch kritisch unterstützt und wohlwollend begleitet haben, wobei ich die Mitwirkung meiner **beiden Fraktionskollegen** und aller unserer **Vertreter/innen in den städtischen Gremien** besonders erwähnen möchte. **Dank** sagen wir allen **Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung** und dabei in **herausgehobener Stellung** dem **gesamten Stadtvorstand** für das **gemeinsame Ringen um die besten Lösungen** der vorhandenen **Probleme**. Unser **Respekt** gilt allen **Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr**, die wir mit einem **unserer Anträge** von heute nicht in **Misskredit** bringen wollen, sondern deren **Fähigkeiten im Rettungsdienst** wir vor dem Hintergrund eines **dauerhaft unausgeglichene Haushaltes** erhalten und den **persönlichen Schutz** noch weiter stärken wollen.

Unseren **Dank** richten wir ebenfalls an die **örtlichen Medien**, die das **politische Geschehen** in dieser Region beobachten, beschreiben und kommentieren. Manchmal hätten wir uns von dieser **Vierten Gewalt im Staat** allerdings mehr **„Biss“** und **tiefer reichende Analysen** gewünscht. Wir stellen dabei die vielleicht kühne Behauptung auf, dass eine „Watergate-Affäre“ von den hiesigen Medien wahrscheinlich nicht aufgedeckt worden wäre.

Fast zum Ende meiner Rede bedanke ich mich im **Namen meiner Fraktion** bei **allen Mitgliedern des Rates** - ungeachtet aller **politischen Differenzen** und manchmal auch **hitzigen Debatten** - für das, insgesamt betrachtet, **menschlich dennoch angenehme Klima** und den überwiegend **respektvollen Umgang** miteinander. Die in den Parteien manchmal übliche **Einteilung von Menschen in Gegner, Feinde und Parteifreunde** hat für uns dabei **nie eine Rolle** gespielt.

Sehr geehrte Damen und Herren, abschließend danke ich Ihnen allen für **Ihre Aufmerksamkeit**.